

## Gesetzentwurf der Landesregierung

### Vorblatt

#### A. Zielsetzung

Gemäß Artikel 88 Abs. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt (Verf LSA) sorgt das Land dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Des Weiteren schreibt Artikel 88 Abs. 2 Satz 1 Verf LSA vor, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen auf Grund eines Gesetzes angemessen auszugleichen ist.

Die Umsetzung dieses Verfassungsauftrags erfolgt durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG). Nach Maßgabe dieses Gesetzes werden den Kommunen Finanzmittel in Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen zur Erfüllung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellt (§ 1 Abs. 2 Satz 1 FAG). Das Finanzausgleichsgesetz ist zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. April 2022 (GVBl. LSA S. 78) geändert worden. Danach beträgt die Finanzausgleichsmasse für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 jeweils 1.735.000.000 Euro (§ 2 Abs. 1 FAG).

Vor dem Hintergrund der volatilen wirtschaftlichen Lage und der damit einhergehenden geringeren Belastbarkeit der angenommenen Prognosewerte ist mit dem vorgenannten Änderungsgesetz eine einseitige Revisionsklausel zugunsten der Kommunen in das Finanzausgleichsgesetz aufgenommen worden (§ 2 Abs. 2 FAG). Danach wird die Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023

1. unter Zugrundelegung der Frühjahrssteuerschätzung 2022 des Arbeitskreises Steuerschätzung und der darauf basierenden Regionalisierung unter Berücksichtigung des kommunalen Steueraufkommens des Haushaltsjahres 2021 und
2. aufgrund der Prognose für die Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Haushaltsjahr 2023 in der Frühjahrsprojektion 2022 der Bundesregierung

überprüft. Ergibt die Überprüfung einen höheren Betrag, wird die Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 erhöht.

#### B. Lösung

Mit diesem Gesetzentwurf wird das Ergebnis der Überprüfung der Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 umgesetzt.

#### C. Alternativen

Im Rahmen der Umsetzung der Revisionsklausel werden keine Alternativen gesehen.

#### **D. Kosten**

Durch die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse von 1.735.000.000 Euro auf 1.749.409.000 Euro für das Jahr 2023 entstehen Mehrkosten von 14.409.000 Euro.

#### **E. Anhörung**

(...)

**Fünftes Gesetz  
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes.**

**Vom           .**

§ 1

Das Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2017 (GVBl. LSA S. 60, 61), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. April 2022 (GVBl. LSA S. 78), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Finanzausgleichsmasse beträgt abweichend von § 1 Abs. 2 Satz 2 1 735 000 000 Euro für das Haushaltsjahr 2022 und 1 749 409 000 Euro für das Haushaltsjahr 2023.“

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

2. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises wird für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 eine Auftragskostenpauschale in folgender Höhe gezahlt:

|                                               | 2022             | 2023             |
|-----------------------------------------------|------------------|------------------|
| 1. kreisfreie Städte                          | 127 252 500 Euro | 127 252 500 Euro |
| 2. Landkreise                                 | 208 181 400 Euro | 213 519 000 Euro |
| 3. Verbandsgemeinden und<br>Einheitsgemeinden | 126 336 700 Euro | 126 336 700 Euro |

“

3. § 7 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Zur Milderung der Belastungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch erhalten die Landkreise eine besondere Ergänzungszuweisung in Höhe von 47 977 100 Euro für das Haushaltsjahr 2022 und 51 139 600 Euro für das Haushaltsjahr 2023. Die kreisfreien Städte erhalten eine besondere Ergänzungszuweisung für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 in Höhe von jeweils 26 274 800 Euro.“

4. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Zur Milderung der Belastungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch erhalten die Landkreise eine besondere Ergänzungszuweisung in Höhe von 65 312 700 Euro für das Haushaltsjahr 2022 und 63 604 500 Euro für das

Haushaltsjahr 2023. Die kreisfreien Städte erhalten eine besondere Ergänzungszuweisung für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 in Höhe von jeweils 38 606 700 Euro.“

5. § 10 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Zur Milderung der Belastungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Schülerbeförderung erhalten die Landkreise eine besondere Ergänzungszuweisung in Höhe von 22 005 700 Euro für das Haushaltsjahr 2022 und 21 385 800 Euro für das Haushaltsjahr 2023. Die kreisfreien Städte erhalten eine besondere Ergänzungszuweisung für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 in Höhe von jeweils 3 449 900 Euro.“

6. § 12 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Landkreise erhalten 183 668 856 Euro für das Haushaltsjahr 2022 und 191 905 856 Euro für das Haushaltsjahr 2023.“

b) Nach Satz 2 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„Die kreisfreien Städte erhalten jeweils 275 048 830 Euro und die kreisangehörigen Gemeinden jeweils 388 432 314 Euro für die Haushaltsjahre 2022 und 2023.“

## § 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

#### I. Einleitung

Mit diesem Gesetzentwurf wird das Ergebnis der Überprüfung der Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 auf der Grundlage der in § 2 Abs. 2 FAG geregelten Revisionsklausel umgesetzt. Danach erhöht sich die Finanzausgleichsmasse zugunsten der Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 um 14.409.000 Euro. Für die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden ergeben sich keine Veränderungen. Die Finanzausgleichsmasse insgesamt beträgt somit 1.749.409.000 Euro für das Haushaltsjahr 2023.

#### II. Inhalt des Gesetzentwurfs

Das Finanzausgleichsgesetz ist zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. April 2022 (GVBl. LSA S. 78) geändert worden. Danach beträgt die Finanzausgleichsmasse für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 jeweils 1.735.000.000 Euro (§ 2 Abs. 1 FAG). Vor dem Hintergrund der volatilen wirtschaftlichen Lage und der damit einhergehenden geringeren Belastbarkeit der angenommenen Prognosewerte ist mit dem vorgenannten Änderungsgesetz eine einseitige Revisionsklausel zugunsten der Kommunen in das Finanzausgleichsgesetz aufgenommen worden (§ 2 Abs. 2 FAG). Danach wird die Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023

1. unter Zugrundelegung der Frühjahrssteuerschätzung 2022 des Arbeitskreises Steuerschätzung und der darauf basierenden Regionalisierung unter Berücksichtigung des kommunalen Steueraufkommens des Haushaltsjahres 2021 und
2. aufgrund der Prognose für die Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Haushaltsjahr 2023 in der Frühjahrsprojektion 2022 der Bundesregierung

überprüft. Ergibt die Überprüfung einen höheren Betrag, wird die Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 erhöht.

Die Überprüfung ist nach dem Berechnungsschema zur Ermittlung der Finanzausgleichsmasse nach dem Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Gesetzentwurf der Landesregierung, LT-Drucksache 8/463 vom 8. Dezember 2021) für jede kommunale Gruppe separat erfolgt. Danach erhöht sich die Finanzausgleichsmasse für die Landkreise, während die Finanzausgleichsmasse für die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden geringer ausfallen würde:

|                                               | Summe                | kreisfreie Städte | Landkreise  | kreisangehörige Gemeinden / VbG |
|-----------------------------------------------|----------------------|-------------------|-------------|---------------------------------|
| <b>Gesetz 2022/2023</b>                       | <b>1.735.000.000</b> | 508.737.330       | 588.993.656 | 597.269.014                     |
| <b>Ergebnis Revision gemäß § 2 Abs. 2 FAG</b> | <b>1.697.363.979</b> | 500.102.322       | 603.402.332 | 553.859.325                     |
| <b>Differenz</b>                              | <b>-37.636.021</b>   | <b>-8.635.008</b> | 14.408.676  | <b>-43.409.689</b>              |

Abbildung 1

Zwar entspricht die Revisionsklausel im Wesentlichen der in den Finanzausgleichsgesetzen bis zum Jahr 2016 geregelten Revisionsklausel. Allerdings sieht die aktuelle Revisionsklausel nur eine Erhöhung (und nicht auch eine Absenkung) der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2023 vor, wenn die Überprüfung unter Zugrundelegung der aktuellen Prognosewerte eine höhere Finanzausgleichsmasse ergibt. Daraus folgt, dass sich die Finanzausgleichsmasse für die Landkreise erhöht und die jeweilige Finanzausgleichsmasse für die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden nicht abgesenkt wird. Eine Umverteilung zwischen den kommunalen Gruppen kommt nicht in Betracht, da die Revision nur zugunsten und nicht zulasten einer kommunalen Gruppe erfolgen kann.

Durch die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse bei den Landkreisen verändern sich bei ihnen auch die folgenden Teilmassen der Finanzausgleichsmasse:

- Auftragskostenpauschale (§ 4 FAG)
- Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (§ 7 FAG)
- Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (§ 9 FAG)
- Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Schülerbeförderung (§ 10 FAG)
- Schlüsselzuweisungen (§ 12 FAG)

Bei den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden erfolgen keine Veränderungen bei den Teilmassen der Finanzausgleichsmasse.

Danach stellen sich die Teilmassen der Finanzausgleichsmasse und ihre Beträge für das Haushaltsjahr 2023 nach Aufrundung der Teilmassen wie folgt dar:

| Angaben in Euro                                                          | kreisfreie Städte  | Landkreise         | kreisangehörige Gemeinden / VbG | Insgesamt            |
|--------------------------------------------------------------------------|--------------------|--------------------|---------------------------------|----------------------|
| Auftragskostenpauschale (§ 4 FAG)                                        | 127.252.500        | 213.519.000        | 126.336.700                     | <b>467.108.200</b>   |
| Besondere Ergänzungszuweisungen SGB II (§ 7 FAG)                         | 26.274.800         | 51.139.600         | -                               | <b>77.414.400</b>    |
| Besondere Ergänzungszuweisungen SGB VIII (§ 9 FAG)                       | 38.606.700         | 63.604.500         | -                               | <b>102.211.200</b>   |
| Besondere Ergänzungszuweisungen Schülerbeförderung (§ 10 FAG)            | 3.449.900          | 21.385.800         | -                               | <b>24.835.700</b>    |
| Besondere Ergänzungszuweisungen Unterhaltung der Kreisstraßen (§ 11 FAG) | 604.600            | 31.847.900         | -                               | <b>32.452.500</b>    |
| Schlüsselzuweisungen (§ 12 FAG)                                          | 275.048.830        | 191.905.856        | 388.432.314                     | <b>855.387.000</b>   |
| Investitionspauschale (§ 16 FAG)                                         | 37.500.000         | 30.000.000         | 82.500.000                      | <b>150.000.000</b>   |
| Ausgleichsstock (§ 17 FAG)                                               | -                  | -                  | -                               | <b>40.000.000</b>    |
| <b>Summe</b>                                                             | <b>508.737.330</b> | <b>603.402.656</b> | <b>597.269.014</b>              | <b>1.749.409.000</b> |

**Abbildung 2**

### **III. Haushaltsmäßige Auswirkungen**

Durch die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse von 1.735.000.000 Euro auf 1.749.409.000 Euro für das Jahr 2023 entstehen Mehrkosten von 14.409.000 Euro.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu § 1 (Änderung des Finanzausgleichsgesetzes):**

§ 1 enthält gesetzliche Regelungen zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes.

#### **Zu Nummer 1 a) (§ 2 Abs. 1):**

##### Revisionsklausel

Gemäß § 2 Abs. 2 FAG wird die Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023

1. unter Zugrundelegung der Frühjahrssteuerschätzung 2022 des Arbeitskreises Steuerschätzung und der darauf basierenden Regionalisierung unter Berücksichtigung des kommunalen Steueraufkommens des Haushaltsjahres 2021 und
2. aufgrund der Prognose für die Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Haushaltsjahr 2023 in der Frühjahrsprojektion 2022 der Bundesregierung

überprüft.

##### Frühjahrssteuerschätzung 2022 des Arbeitskreises Steuerschätzung

Vom 10. bis 12. Mai 2022 fand die 162. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2022 bis 2026. Anhand der Regionalisierung unter Berücksichtigung des kommunalen Steueraufkommens des Haushaltsjahres 2021 wurden die Ergebnisse der Steuerschätzung auf die einzelnen Bundesländer und deren Gemeinden heruntergebrochen. Danach werden für die Gemeinden in Sachsen-Anhalt für das Jahr 2023 Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 2.056.000.000 Euro erwartet. Damit liegt das Schätzergebnis um 46.000.000 Euro höher als nach der November-Steuerschätzung 2021.

Das Ergebnis der regionalisierten Steuerschätzung und die Aufteilung der geschätzten Steuereinnahmen auf die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden ist in der Anlage 1 dargestellt.

##### Frühjahrsprojektion der Bundesregierung 2022

Nach der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 27. April 2022 wird für das Jahr 2023 von einer Preissteigerungsrate für den Verbraucherpreisindex von 2,5 Prozent ausgegangen. Danach ergibt sich eine um 0,8 Prozentpunkte erhöhte Preissteigerungsrate gegenüber der Herbstprojektion der Bundesregierung vom 27. Oktober 2021, die von einer Preissteigerungsrate für das Jahr 2023 von 1,7 Prozent ausgegangen ist.

Der Preisindex ist in der Anlage 2 dargestellt.

Der erhöhte Verbraucherpreisindex für das Jahr 2023 wirkt sich bei der Fortschreibung der Finanzausgleichsmasse vom Haushaltsjahr 2022 auf das Haushaltsjahr 2023 bei den folgenden Kennzahlen aus:

- Kommunalen konsumtiven Finanzbedarf ohne Umlagen und ohne Personalauszahlungen
- Abzugsposition des sonstigen Nettotransfer des Landes



- Abzugsposition der Kreis- und Verbandsgemeindeumlageeinzahlungen bei den Landkreisen und Verbandsgemeinden (wird bei den kreisangehörigen Gemeinden hinzugerechnet).

Auf die Fortschreibung der Kennzahl Personalauszahlungen hat der erhöhte Verbraucherpreisindex für das Jahr 2023 keine Auswirkungen. Diese Kennzahl wird mit der durchschnittlichen Entwicklung fortgeschrieben, die bereits der Berechnung der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2022 zugrunde lag.

#### Ergebnis der Überprüfung der Finanzausgleichsmasse

Im Ergebnis der Überprüfung erhöht sich die Finanzausgleichsmasse zugunsten der Landkreise, während die Finanzausgleichsmasse für die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden geringer ausfallen würde:

|                                               | Summe                | kreisfreie Städte | Landkreise  | kreisangehörige Gemeinden / VbG |
|-----------------------------------------------|----------------------|-------------------|-------------|---------------------------------|
| <b>Gesetz 2022/2023</b>                       | <b>1.735.000.000</b> | 508.737.330       | 588.993.656 | 597.269.014                     |
| <b>Ergebnis Revision gemäß § 2 Abs. 2 FAG</b> | <b>1.697.363.979</b> | 500.102.322       | 603.402.332 | 553.859.325                     |
| <b>Differenz</b>                              | <b>-37.636.021</b>   | <b>-8.635.008</b> | 14.408.676  | <b>-43.409.689</b>              |

#### **Abbildung 3**

Die detaillierte Berechnung ist in der Anlage 3 dargestellt.

Die unterschiedlichen Ergebnisse sind darin begründet, dass die kommunalen Gruppen sowohl unterschiedliche Aufgaben als auch unterschiedliche Finanzierungsquellen haben. So wirken sich die geschätzten höheren Steuereinnahmen bei den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden bedarfsmindernd aus, bei den Landkreisen mangels eigener Steuereinnahmen hingegen nicht.

Danach erhöht sich die Finanzausgleichsmasse zugunsten der Landkreise um 14.408.676 Euro. Eine Änderung der Finanzausgleichsmasse zulasten der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden erfolgt hingegen nicht, da die Revisionsklausel nur eine Erhöhung (und nicht auch eine Absenkung) der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2023 vorsieht, wenn die Überprüfung unter Zugrundelegung der aktuellen Prognosewerte eine höhere Finanzausgleichsmasse ergibt.

Nach Aufrundung der Teilmassen der Finanzausgleichsmassen (vgl. Nummer 2 bis 6 dieser Gesetzesbegründung) beträgt die Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 insgesamt 1.749.409.000 Euro.

#### Ergebnis der Überprüfung der Finanzausgleichsmasse mit korrigierter Steuerschätzung

Die Revisionsklausel sieht eine Überprüfung der Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 unter Zugrundelegung der Frühjahrssteuerschätzung 2022 des Arbeitskreises Steuerschätzung vor. Da die Steuerschätzung immer vom geltenden Steuerrecht ausgeht, wurden die fiskalischen Auswirkungen der vom Bundeskabinett beschlossenen umfangreichen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen, die sich zum Zeitpunkt der Steuerschätzung noch im Gesetzgebungsverfahren befanden, nicht mitberücksichtigt. Dies betrifft die folgenden Gesetzgebungsverfahren: Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Zweites Gesetz zur Änderung der

Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung, Steuerentlastungsgesetz 2022, Energiesteuersenkungsgesetz, Siebtes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes, Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz.

Ausweislich der Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen zur Steuerschätzung vom 12. Mai 2022 wurden die fiskalischen Auswirkungen dieser nicht mitberücksichtigten laufenden Gesetzgebungsverfahren für die Gemeinden im Jahr 2023 bundesweit auf 1,87 Mrd. Euro geschätzt. Das entspricht 1,40 Prozent der geschätzten Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2023 von 133,1 Mrd. Euro. Übertragen auf Sachsen-Anhalt bedeutet dies, dass die geschätzten Steuereinnahmen der Gemeinden um 28.784.000 Euro (1,40 Prozent von 2.056.000.000 Euro) geringer ausfallen als mit der Steuerschätzung prognostiziert.

Zugunsten der Gemeinden ist die Überprüfung der Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 auch mit einer entsprechend korrigierten Steuerschätzung erfolgt.

Die Zahlen aus der Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 12. Mai 2022 und die Aufteilung der geschätzten Steuermindereinnahmen auf die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden sind in der Anlage 4 dargestellt.

Auch bei einer Berücksichtigung der korrigierten Schätzergebnisse erhöht sich die Finanzausgleichsmasse zugunsten der Landkreise um 14.408.676 Euro, während die Finanzausgleichsmasse für die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden weiterhin geringer ausfallen würde:

|                                                                                    | Summe                | kreisfreie Städte | Landkreise  | kreisangehörige<br>Gemeinden / VbG |
|------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|-------------------|-------------|------------------------------------|
| <b>Gesetz 2022/2023</b>                                                            | <b>1.735.000.000</b> | 508.737.330       | 588.993.656 | 597.269.014                        |
| <b>Ergebnis Revision gemäß § 2 Abs. 2 FAG<br/>mit korrigierter Steuerschätzung</b> | <b>1.726.147.979</b> | 507.809.470       | 603.402.332 | 574.936.177                        |
| <b>Differenz</b>                                                                   | <b>-8.852.021</b>    | <b>-927.860</b>   | 14.408.676  | <b>-22.332.837</b>                 |

**Abbildung 4**

Die detaillierte Berechnung ist in der Anlage 5 dargestellt.

Auch im Ergebnis der Überprüfung der Finanzausgleichsmasse mit korrigierter Steuerschätzung beträgt die Finanzausgleichsmasse für das Haushaltsjahr 2023 insgesamt 1.749.409.000 Euro.

#### **Zu Nummer 1 b) und 1c) (§ 2 Abs. 2 und 3):**

Die in § 2 Abs. 2 geregelte Revisionsklausel für das Haushaltsjahr 2023 wird mit diesem Gesetzentwurf umgesetzt. Dadurch ist die Regelung obsolet geworden und wird daher aufgehoben. Durch die Aufhebung des Absatzes 2 wird der bisherige Absatz 3 zum neuen Absatz 2.

#### **Zu Nummer 2 (§ 4 Abs. 1):**

In dem neu gefassten Absatz 1 wird die Höhe der Auftragskostenpauschale für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 neu festgelegt. Die Neufassung ist erforderlich, weil aufgrund der mit der Umsetzung der Revisionsklausel erfolgten Neuberechnung der Finanzausgleichsmasse auch die einzelnen Teilmassen für die Landkreise neu zu bestimmen sind. Der neu berechnete Wert

wird anhand der im Finanzausgleichsgesetz für die Jahre 2022/2023 angewendeten Berechnungsmethode ermittelt. Die detaillierte Berechnung ist in der Anlage 6 dargestellt.

Danach ergibt sich für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 eine Auftragskostenpauschale in Höhe von 213 519 000 Euro (aufgerundet auf 100 Euro).

**Zu Nummer 3 (§ 7 Abs. 1):**

In dem neu gefassten Absatz 1 wird die Höhe der Besonderen Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 neu festgelegt. Die Neufassung ist erforderlich, weil aufgrund der mit der Umsetzung der Revisionsklausel erfolgten Neuberechnung der Finanzausgleichsmasse auch die einzelnen Teilmassen für die Landkreise neu zu bestimmen sind. Der neu berechnete Wert wird anhand der im Finanzausgleichsgesetz für die Jahre 2022/2023 angewendeten Berechnungsmethode ermittelt. Die detaillierte Berechnung ist in der Anlage 7 dargestellt.

Danach ergeben sich für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch in Höhe von 51 139 600 Euro (aufgerundet auf 100 Euro).

**Zu Nummer 4 (§ 9 Abs. 1):**

In dem neu gefassten Absatz 1 wird die Höhe der Besonderen Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 neu festgelegt. Die Neufassung ist erforderlich, weil aufgrund der mit der Umsetzung der Revisionsklausel erfolgten Neuberechnung der Finanzausgleichsmasse auch die einzelnen Teilmassen für die Landkreise neu zu bestimmen sind. Der neu berechnete Wert wird anhand der im Finanzausgleichsgesetz für die Jahre 2022/2023 angewendeten Berechnungsmethode ermittelt. Die detaillierte Berechnung ist in der Anlage 8 dargestellt.

Danach ergeben sich für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch in Höhe von 63 604 500 Euro (aufgerundet auf 100 Euro).

**Zu Nummer 5 (§ 10 Abs. 1):**

In dem neu gefassten Absatz 1 wird die Höhe der Besonderen Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Schülerbeförderung für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 neu festgelegt. Die Neufassung ist erforderlich, weil aufgrund der mit der Umsetzung der Revisionsklausel erfolgten Neuberechnung der Finanzausgleichsmasse auch die einzelnen Teilmassen für die Landkreise neu zu bestimmen sind. Der neu berechnete Wert wird anhand der im Finanzausgleichsgesetz für die Jahre 2022/2023 angewendeten Berechnungsmethode ermittelt. Die detaillierte Berechnung ist in der Anlage 9 dargestellt.

Danach ergeben sich für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 Besondere Ergänzungszuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgabe der Schülerbeförderung in Höhe von 21 385 800 Euro (aufgerundet auf 100 Euro).

**Zu Nummer 6 (§ 12 Abs. 1):**

In dem neu gefassten Absatz 1 wird die Höhe der Schlüsselzuweisungen für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 neu festgelegt. Die Neufassung ist erforderlich, weil aufgrund der mit der

Umsetzung der Revisionsklausel erfolgten Neuberechnung der Finanzausgleichsmasse auch die einzelnen Teilmassen für die Landkreise neu zu bestimmen sind. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen für die Landkreise wird ermittelt, indem von der bedarfsgerechten Finanzausgleichsmasse (ohne Investitionspauschale) die Auftragskostenpauschale gemäß § 4 und die besonderen Ergänzungszuweisungen gemäß §§ 7, 9, 10 und 11 abgezogen werden.

Die detaillierte Berechnung ist in der Anlage 3 dargestellt.

Danach ergeben sich für die Landkreise für das Haushaltsjahr 2023 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 191 905 856 Euro (aufgerundet).

**Zu § 2 (Inkrafttreten):**

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

Ministerium der Finanzen  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Referat 21

Anlage 1c

## Geschätzte Steuereinnahmen der Gemeinden für die Jahre 2022 bis 2026 lt. Mai-Steuerschätzung 2022

(lt. Regionalisierung)

- Beträge in Mio Euro -

|                                                                          | Ist*<br>2020 | Ist*<br>2021 | 2022         | 2023         | 2024         | 2025         | 2026         |
|--------------------------------------------------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Grundsteuer A                                                            | 25           | 25           | 25           | 25           | 25           | 25           | 25           |
| Grundsteuer B                                                            | 243          | 245          | 247          | 250          | 253          | 257          | 260          |
| Gewerbsteuer Brutto                                                      | 724          | 855          | 846          | 889          | 949          | 1.003        | 1.037        |
| ./i. Gewerbesteuerumlage (100 %)                                         | 65           | 77           | 77           | 80           | 85           | 90           | 93           |
| Gewerbsteuer (Netto)                                                     | 659          | 778          | 769          | 809          | 864          | 913          | 944          |
| Gemeindeanteil an der Lohn- u.<br>Einkommensteuer und<br>Abgeltungsteuer | 643          | 663          | 728          | 777          | 819          | 857          | 902          |
| Gemeindeanteil an der Umsatzst.                                          | 185          | 177          | 159          | 164          | 168          | 171          | 174          |
| Zwischensumme                                                            | 1.755        | 1.888        | 1.928        | 2.025        | 2.129        | 2.223        | 2.305        |
| sonstige Steuereinnahmen                                                 | 21           | 19           | 28           | 31           | 31           | 32           | 32           |
| <b>Zusammen</b>                                                          | <b>1.776</b> | <b>1.907</b> | <b>1.956</b> | <b>2.056</b> | <b>2.160</b> | <b>2.255</b> | <b>2.337</b> |
| Veränderung in Mio. Euro<br>gegenüber dem Vorjahr                        | -101         | 131          | 49           | 100          | 104          | 95           | 82           |
| Veränderung in % gegenüber<br>dem Vorjahr                                | -5,4         | 7,4          | 2,6          | 5,1          | 5,1          | 4,4          | 3,6          |
| <b>Nov StSch 2021</b>                                                    |              | <b>1.885</b> | <b>1.938</b> | <b>2.010</b> | <b>2.113</b> | <b>2.214</b> | <b>2.296</b> |
| Abweichung zur Nov StSch 2021                                            |              | 22           | 18           | 46           | 47           | 41           | 41           |

\*Quelle: DeStatis Fachserie 14 Reihe 4

| Jahr                   | Summe         | kreisfreie Städte | kreisangehörige Gemeinden |
|------------------------|---------------|-------------------|---------------------------|
| Steuersteinnahmen 2018 | 1.814.680.430 | 481.097.167       | 1.333.583.263             |
| Steuersteinnahmen 2019 | 1.878.774.997 | 514.400.411       | 1.364.374.586             |
| Steuersteinnahmen 2020 | 1.777.962.414 | 469.518.667       | 1.308.443.747             |

|                                                      |               |             |               |
|------------------------------------------------------|---------------|-------------|---------------|
| durchschnittliche Steuersteinnahmen<br>2018 bis 2020 | 1.823.805.947 | 488.338.748 | 1.335.467.199 |
|------------------------------------------------------|---------------|-------------|---------------|

|                                                                                                                                |               |             |               |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|-------------|---------------|
| Aufteilung des Ergebnisses der<br>Steuerschätzung für 2023 anhand der<br>durchschnittlichen Steuersteinnahmen<br>2018 bis 2020 | 2.056.000.000 | 550.510.578 | 1.505.489.422 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|-------------|---------------|

| Jahr                                                                    | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|-------------------------------------------------------------------------|------|------|------|------|------|------|
| <b>Preisindex IST</b><br>lt. StaLA für ST                               | 1,6% | 1,5% | 0,4% |      |      |      |
| <b>Preisindex<br/>Prognose</b><br>(Deflator des<br>privaten<br>Konsums) |      |      |      | 2,9% | 2,2% | 2,5% |

## Quellen:

Preisindex IST 2018 bis 2020: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Preisindex Prognose 2021 und 2022: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 27.10.2021

Preisindex Prognose 2023: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 27.04.2022

| Kennziffer                                                                                                                                                                                                | Insgesamt            | kreisfreie Städte    | Landkreise           | kreisangehörige Gemeinden/VbG |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|-------------------------------|
| <u>Ausgangsbasis I:</u><br>Kommunale konsumtive Auszahlungen ohne Umlagezahlungen und ohne Personalauszahlungen (KB 70) abzüglich direkt zuzuordnender konsumtiver Einzahlungen ohne Umlagezahlungen 2022 | 2.417.490.362        | 880.701.053          | 1.404.275.675        | 132.513.634                   |
| <b>Fortschreibung auf 2023 mit prognostizierter Preisentwicklung</b>                                                                                                                                      | <b>2.477.927.621</b> | <b>902.718.579</b>   | <b>1.439.382.567</b> | <b>135.826.475</b>            |
| <u>Ausgangsbasis II:</u><br>Kommunale Personalauszahlungen (KB 70) 2022                                                                                                                                   | 1.999.419.040        | 413.946.357          | 534.190.972          | 1.051.281.710                 |
| <b>Fortschreibung auf 2023 mit Ø Entwicklung 2018 - 2020</b>                                                                                                                                              | <b>2.068.400.007</b> | <b>429.014.005</b>   | <b>549.522.253</b>   | <b>1.089.863.749</b>          |
| <b>Neue Ausgangsbasis für die weitere Berechnung:<br/>Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf nach Fortschreibung auf 2023</b>                                                                                | <b>4.546.327.628</b> | <b>1.331.732.584</b> | <b>1.988.904.820</b> | <b>1.225.690.224</b>          |
| Abzug des sonstigen Nettotransfers des Landes, Ø 2018 - 2020, Anhebung auf Preisniveau 2020, Fortschreibung auf 2023 mit prognostizierter Preisentwicklung                                                | -1.169.326.077       | -352.441.287         | -744.860.806         | -72.023.984                   |
| Abzug der gemeindlichen Nettosteuerereinnahmen 2023 nach <b>Steuerschätzung Mai 2022</b> , Aufteilung auf Basis Ø Nettosteuerereinnahmen 2018-2020                                                        | -2.056.000.000       | -550.510.578         | 0                    | -1.505.489.422                |
| Abzug der Umlageeinzahlungen bei Landkreisen und Verbandsgemeinden, Ø 2018 - 2020, Anhebung auf Preisniveau 2020, Fortschreibung auf 2023 mit prognostizierter Preisentwicklung                           | -817.825.690         | 0                    | -727.594.078         | -90.231.612                   |
| Hinzurechnung der Umlageauszahlungen bei den kreisangehörigen Gemeinden in Höhe der entsprechenden Einzahlungen bei Landkreisen und Verbandsgemeinden                                                     | 817.825.690          | 0                    | 0                    | 817.825.690                   |
| <b>Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2023</b>                                                                                                                                                        | <b>1.321.001.551</b> | <b>428.780.718</b>   | <b>516.449.937</b>   | <b>375.770.896</b>            |
| Zuschlag für Zuweisungsbuchungen Funktionalreformgesetze                                                                                                                                                  | 10.012.659           | 2.258.593            | 7.754.066            | 0                             |
| Hinzurechnung eines Tilgungsbeitrages, Ø 2018 - 2020<br>(Basis Meldung Kommunen im Januar 2021)                                                                                                           | 176.349.769          | 31.563.011           | 49.198.329           | 95.588.429                    |
| <b>bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse</b>                                                                                                                                                              | <b>1.507.363.979</b> | <b>462.602.322</b>   | <b>573.402.332</b>   | <b>471.359.325</b>            |
| Hinzurechnung der Investitionspauschale                                                                                                                                                                   | 150.000.000          | 37.500.000           | 30.000.000           | 82.500.000                    |
| Hinzurechnung des Ausgleichsstocks                                                                                                                                                                        | 40.000.000           |                      |                      |                               |
| <b>Finanzausgleichsmasse insgesamt</b>                                                                                                                                                                    | <b>1.697.363.979</b> | <b>500.102.322</b>   | <b>603.402.332</b>   | <b>553.859.325</b>            |

|                                                                    |                    |                   |                   |                    |
|--------------------------------------------------------------------|--------------------|-------------------|-------------------|--------------------|
| Gesetz (FAG 2023)                                                  | 1.735.000.000      | 508.737.330       | 588.993.656       | 597.269.014        |
| Differenz Finanzausgleichsmasse insgesamt nach Revision zum Gesetz | <b>-37.636.021</b> | <b>-8.635.008</b> | <b>14.408.676</b> | <b>-43.409.689</b> |



- Teilmassen berechnet und bei den Landkreisen aufgerundet -

| Kennziffer                      | Insgesamt            | kreisfreie Städte  | Landkreise         | kreisangehörige Gemeinden/<br>VbG |
|---------------------------------|----------------------|--------------------|--------------------|-----------------------------------|
| § 4 Auftragskostenpauschale     | <b>475.407.137</b>   | 130.997.664        | 213.518.946        | 130.890.527                       |
| § 7 SGB II                      | <b>80.164.291</b>    | 29.024.779         | 51.139.512         |                                   |
| § 9 SGB VIII                    | <b>103.034.181</b>   | 39.429.713         | 63.604.468         |                                   |
| § 10 Schülerbeförderung         | <b>24.857.886</b>    | 3.472.100          | 21.385.786         |                                   |
| § 11 Kreisstraßen               | <b>32.452.388</b>    | 604.583            | 31.847.805         |                                   |
| § 12 Schlüsselzuweisungen       | <b>791.448.096</b>   | 259.073.483        | 191.905.815        | 340.468.798                       |
| § 16 Investitionspauschale      | <b>150.000.000</b>   | 37.500.000         | 30.000.000         | 82.500.000                        |
| § 17 Ausgleichsstock            | <b>40.000.000</b>    |                    |                    |                                   |
| Finanzausgleichsmasse insgesamt | <b>1.697.363.979</b> | <b>500.102.322</b> | <b>603.402.332</b> | <b>553.859.325</b>                |

| Kennziffer                      | Insgesamt            | kreisfreie Städte * | Landkreise ** | kreisangehörige Gemeinden/<br>VbG * |
|---------------------------------|----------------------|---------------------|---------------|-------------------------------------|
| § 4 Auftragskostenpauschale     | <b>467.108.200</b>   | 127.252.500         | 213.519.000   | 126.336.700                         |
| § 7 SGB II                      | <b>77.414.400</b>    | 26.274.800          | 51.139.600    |                                     |
| § 9 SGB VIII                    | <b>102.211.200</b>   | 38.606.700          | 63.604.500    |                                     |
| § 10 Schülerbeförderung         | <b>24.835.700</b>    | 3.449.900           | 21.385.800    |                                     |
| § 11 Kreisstraßen               | <b>32.452.500</b>    | 604.600             | 31.847.900    |                                     |
| § 12 Schlüsselzuweisungen       | <b>855.387.000</b>   | 275.048.830         | 191.905.856   | 388.432.314                         |
| § 16 Investitionspauschale      | <b>150.000.000</b>   | 37.500.000          | 30.000.000    | 82.500.000                          |
| § 17 Ausgleichsstock            | <b>40.000.000</b>    |                     |               |                                     |
| Finanzausgleichsmasse insgesamt | <b>1.749.409.000</b> | 508.737.330         | 603.402.656   | 597.269.014                         |

| Nebenrechnung Aufrundungsbetrag Schlüsselzuweisungen         |  |  |             |  |
|--------------------------------------------------------------|--|--|-------------|--|
| SZ lt. Gesetz (FAG 2023)                                     |  |  | 183.668.856 |  |
| SZ lt. Neuberechnung (ungerundet)                            |  |  | 191.905.815 |  |
| Differenz SZ lt. Gesetz - SZ lt. Neuberechnung (ungerundet)  |  |  | 8.236.959   |  |
| Differenz SZ lt. Gesetz - SZ lt. Neuberechnung (aufgerundet) |  |  | 8.237.000   |  |
| Aufrundungsbetrag SZ                                         |  |  | 41          |  |

\* Beträge lt. Gesetz (FAG 2023)

\*\* Aufrundung der neu berechneten Beträge

| Deutschland                                                                                                        | Steuerschätzung Mai 2022 für 2023 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------|
| Steuereinnahmen Gemeinden gesamt<br>(in Mrd. Euro)                                                                 | 133,1                             |
| Geschätzte Steuermindereinnahmen wegen der nicht<br>einbezogenen laufenden Gesetzgebungsvorhaben<br>(in Mrd. Euro) | 1,87                              |
| Anteil Steuermindereinnahmen von Steuereinnahmen gesamt                                                            | 1,40%                             |

| Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt                                                                                          | Steuerschätzung Mai 2022 für 2023 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------|
| Steuereinnahmen Gemeinden in Sachsen-Anhalt gesamt lt.<br>Regionalisierung<br>(in Mio. Euro)                             | 2.056                             |
| Geschätzte Steuermindereinnahmen Gemeinden in Sachsen-<br>Anhalt - 1,40 % von Steuereinnahmen gesamt -<br>(in Mio. Euro) | 28,78                             |

|                                                                                                                                                                                                                      | Summe             | kreisfreie<br>Städte | kreisangehörige<br>Gemeinden |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|----------------------|------------------------------|
| durchschnittliche Steuersteinnahmen 2018 bis 2020<br>(Verteilungsschlüssel)                                                                                                                                          | 1.823.805.947     | 488.338.748          | 1.335.467.199                |
| <b>Aufteilung des Steuermindereinnahmen lt.<br/>Pressemitteilung BMF für die Gemeinden in Höhe von<br/>-1,4% der gemeindlichen Steuereinnahmen anhand der<br/>durchschnittlichen Steuersteinnahmen 2018 bis 2020</b> | <b>28.784.000</b> | <b>7.707.148</b>     | <b>21.076.852</b>            |

**Ergebnis der 162. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"**  
**vom 10. bis 12. Mai 2022 in Berlin / Video**

|                                              | Ist<br>2021  | Schätzung<br>2022 | Schätzung<br>2023 | Schätzung<br>2024 | Schätzung<br>2025 | Schätzung<br>2026 |
|----------------------------------------------|--------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| <b>1. Bund</b>                               |              |                   |                   |                   |                   |                   |
| (Mrd. €)                                     | <b>313,7</b> | <b>345,2</b>      | <b>365,2</b>      | <b>378,7</b>      | <b>391,1</b>      | <b>404,4</b>      |
| Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)         | 10,8         | 10,1              | 5,8               | 3,7               | 3,3               | 3,4               |
| <b>2. Länder</b>                             |              |                   |                   |                   |                   |                   |
| (Mrd. €)                                     | <b>355,1</b> | <b>375,1</b>      | <b>388,4</b>      | <b>402,9</b>      | <b>415,7</b>      | <b>429,9</b>      |
| Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)         | 12,3         | 5,6               | 3,6               | 3,7               | 3,2               | 3,4               |
| <b>3. Gemeinden</b>                          |              |                   |                   |                   |                   |                   |
| (Mrd. €)                                     | <b>126,2</b> | <b>127,4</b>      | <b>133,1</b>      | <b>140,1</b>      | <b>146,3</b>      | <b>151,8</b>      |
| Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)         | 17,4         | 0,9               | 4,4               | 5,3               | 4,5               | 3,7               |
| <b>4. EU</b>                                 |              |                   |                   |                   |                   |                   |
| (Mrd. €)                                     | <b>38,2</b>  | <b>41,6</b>       | <b>41,8</b>       | <b>43,0</b>       | <b>44,6</b>       | <b>45,7</b>       |
| Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)         | 16,5         | 8,9               | 0,5               | 2,8               | 3,7               | 2,4               |
| <b>5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)</b> | <b>833,2</b> | <b>889,3</b>      | <b>928,4</b>      | <b>964,7</b>      | <b>997,8</b>      | <b>1.031,7</b>    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr (v.H.)         | 12,6         | 6,7               | 4,4               | 3,9               | 3,4               | 3,4               |

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen

**Tabelle 2: Gegenwärtige Schätzung der fiskalischen Auswirkungen der nicht einbezogenen laufenden Gesetzgebungsvorhaben**

| in Mrd. Euro                     | 2022          | 2023         | 2024         | 2025         | 2026         |
|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Bund                             | -16,71        | -2,84        | -4,06        | -2,86        | -1,87        |
| Länder                           | -2,1          | -3,72        | -2,90        | -2,75        | -1,84        |
| Gemeinden                        | -3,11         | -1,87        | -2,40        | -1,66        | -0,41        |
| <b>Steuereinnahmen insgesamt</b> | <b>-21,92</b> | <b>-8,43</b> | <b>-9,36</b> | <b>-7,27</b> | <b>-4,12</b> |

Quelle:

Pressemitteilung des BMF Nr. 15 vom 12.05.2022

Lindner: "Steuerschätzung ist Momentaufnahme in Zeiten hoher Unsicherheit"

- Ergebnisse der 162. Steuerschätzung

| Kennziffer                                                                                                                                                                                                | Insgesamt            | kreisfreie Städte    | Landkreise           | kreisangehörige Gemeinden/VbG |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|-------------------------------|
| <b>Ausgangsbasis I:</b><br>Kommunale konsumtive Auszahlungen ohne Umlagezahlungen und ohne Personalauszahlungen (KB 70) abzüglich direkt zuzuordnender konsumtiver Einzahlungen ohne Umlagezahlungen 2022 | 2.417.490.362        | 880.701.053          | 1.404.275.675        | 132.513.634                   |
| <b>Fortschreibung auf 2023 mit prognostizierter Preisentwicklung</b>                                                                                                                                      | <b>2.477.927.621</b> | <b>902.718.579</b>   | <b>1.439.382.567</b> | <b>135.826.475</b>            |
| <b>Ausgangsbasis II:</b><br>Kommunale Personalauszahlungen (KB 70) 2022                                                                                                                                   | 1.999.419.040        | 413.946.357          | 534.190.972          | 1.051.281.710                 |
| <b>Fortschreibung auf 2023 mit Ø Entwicklung 2018 - 2020</b>                                                                                                                                              | <b>2.068.400.007</b> | <b>429.014.005</b>   | <b>549.522.253</b>   | <b>1.089.863.749</b>          |
| <b>Neue Ausgangsbasis für die weitere Berechnung:</b><br><b>Kommunaler konsumtiver Finanzbedarf nach Fortschreibung auf 2023</b>                                                                          | <b>4.546.327.628</b> | <b>1.331.732.584</b> | <b>1.988.904.820</b> | <b>1.225.690.224</b>          |
| Abzug des sonstigen Nettotransfers des Landes, Ø 2018 - 2020, Anhebung auf Preisniveau 2020, Fortschreibung auf 2023 mit prognostizierter Preisentwicklung                                                | -1.169.326.077       | -352.441.287         | -744.860.806         | -72.023.984                   |
| Abzug der gemeindlichen Nettosteuerereinnahmen 2023 nach <b>Steuerschätzung Mai 2022</b> , Aufteilung auf Basis Ø Nettosteuerereinnahmen 2018-2020                                                        | -2.056.000.000       | -550.510.578         | 0                    | -1.505.489.422                |
| <b>Hinzurechnung voraussichtliche Steuermindereinnahmen lt. Pressemitteilung BMF für die Gemeinden in Höhe von -1,4% der gemeindlichen Steuereinnahmen</b>                                                | 28.784.000           | 7.707.148            | 0                    | 21.076.852                    |
| Abzug der Umlageeinzahlungen bei Landkreisen und Verbandsgemeinden, Ø 2018 - 2020, Anhebung auf Preisniveau 2020, Fortschreibung auf 2023 mit prognostizierter Preisentwicklung                           | -817.825.690         | 0                    | -727.594.078         | -90.231.612                   |
| Hinzurechnung der Umlageauszahlungen bei den kreisangehörigen Gemeinden in Höhe der entsprechenden Einzahlungen bei Landkreisen und Verbandsgemeinden                                                     | 817.825.690          | 0                    | 0                    | 817.825.690                   |
| <b>Ausgangsbetrag nach Fortschreibung bis 2023</b>                                                                                                                                                        | <b>1.349.785.551</b> | <b>436.487.866</b>   | <b>516.449.937</b>   | <b>396.847.748</b>            |
| Zuschlag für Zuweisungsbuchungen Funktionalreformgesetze                                                                                                                                                  | 10.012.659           | 2.258.593            | 7.754.066            | 0                             |
| Hinzurechnung eines Tilgungsbeitrages, Ø 2018 - 2020 (Basis Meldung Kommunen im Januar 2021)                                                                                                              | 176.349.769          | 31.563.011           | 49.198.329           | 95.588.429                    |
| <b>bedarfsgerechte Finanzausgleichsmasse</b>                                                                                                                                                              | <b>1.536.147.979</b> | <b>470.309.470</b>   | <b>573.402.332</b>   | <b>492.436.177</b>            |
| Hinzurechnung der Investitionspauschale                                                                                                                                                                   | 150.000.000          | 37.500.000           | 30.000.000           | 82.500.000                    |
| Hinzurechnung des Ausgleichsstocks                                                                                                                                                                        | 40.000.000           |                      |                      |                               |
| <b>Finanzausgleichsmasse insgesamt</b>                                                                                                                                                                    | <b>1.726.147.979</b> | <b>507.809.470</b>   | <b>603.402.332</b>   | <b>574.936.177</b>            |
| Gesetz (FAG 2023)                                                                                                                                                                                         | 1.735.000.000        | 508.737.330          | 588.993.656          | 597.269.014                   |
| Differenz Finanzausgleichsmasse insgesamt nach Revision zum Gesetz                                                                                                                                        | <b>-8.852.021</b>    | <b>-927.860</b>      | <b>14.408.676</b>    | <b>-22.332.837</b>            |

**Revision FAG 2023**  
§ 4 Auftragskostenpauschale

Anlage 6

| Gebietskörperschaft | Anteil übertragener WK | KFB 2023 +Kb70<br>ohne Umlage-<br>zahlungen für Kreis<br>und VBG | sonst. NT 2023 | Bedarf 2023<br>ohne Umlage-<br>zahlungen für Kreis<br>und VBG | Auftragskosten-<br>pauschale 2023 | Auftragskosten-<br>pauschale 2023<br>einschl. Funktional-<br>reformgesetze |
|---------------------|------------------------|------------------------------------------------------------------|----------------|---------------------------------------------------------------|-----------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|
| Landkreise          | 16,54                  | 1.988.904.820                                                    | -744.860.806   | 1.244.044.014                                                 | 205.764.880                       | 213.518.946                                                                |

Zuschlag für Funktionalreformgesetze

| Gebietskörperschaft | Zuschlag<br>§ 5 I und II | Zuschlag § 5 III | Einwohner<br>31.12.2020 | Fläche 31.12.2020    | Zuschlagssumme    |
|---------------------|--------------------------|------------------|-------------------------|----------------------|-------------------|
| Aufteilung          |                          |                  | 90%                     | 10%                  |                   |
| kreisfreie Städte   |                          | -                | 552.994                 | 580,838400           | 2.258.593         |
| Landkreise          |                          | 238.063          | 1.627.690               | 19.878,277502        | 7.754.066         |
| <b>Summe</b>        | <b>9.774.596</b>         | <b>238.063</b>   | <b>2.180.684</b>        | <b>20.459,115902</b> | <b>10.012.659</b> |

**Revision FAG 2023**  
§ 7 Besondere Ergänzungszuweisungen SGB II

**Anlage 7**

| kommunaler Finanzbedarf SGB II | 2018        | 2019        | 2020        | 2018 - 2020 |
|--------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Landkreise                     | 119.118.773 | 121.060.185 | 144.387.184 | 128.188.714 |

| Fortschreibung<br>2023 |
|------------------------|
| 175.979.050            |

| KFB ohne Umlagen minus NTL<br>PG 312 | 2018        | 2019        | 2020        |
|--------------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Landkreise                           | 205.129.908 | 208.843.492 | 208.142.145 |

| Anteil Land 2023 |
|------------------|
| 29,06            |

| Einzahlungen Konten 6052+6053 | 2018       | 2019       | 2020       |
|-------------------------------|------------|------------|------------|
| Landkreise                    | 88.239.074 | 88.265.618 | 63.754.961 |

| BEZ § 7 2023 |
|--------------|
| 51.139.512   |

| KFB insgesamt<br>(ohne Umlagen und ohne Personal) | 2018          | 2019          | 2020          |
|---------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Landkreise                                        | 1.321.794.168 | 1.343.890.291 | 1.340.282.448 |

**Revision FAG 2023**  
§9 Besondere Ergänzungszuweisungen SGB VIII

**Anlage 8**

| kommunaler Finanzbedarf minus NTL auf<br>Preisniveau 2020 | 2018        | 2019        | 2020        | 2018 - 2020 |
|-----------------------------------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Landkreise                                                | 205.860.836 | 213.064.023 | 208.268.988 | 209.064.616 |

| Fortschreibung<br>2023 |
|------------------------|
| 218.872.910            |

| KFB ohne Umlagen minus NTL<br>PG 363 | 2018        | 2019        | 2020        |
|--------------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Landkreise                           | 202.010.516 | 212.215.162 | 208.268.988 |

| Anteil Land 2023 |
|------------------|
| 29,06            |

| KFB insgesamt<br>(ohne Umlagen und ohne Personal) | 2018          | 2019          | 2020          |
|---------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Landkreise                                        | 1.321.794.168 | 1.343.890.291 | 1.340.282.448 |

| BEZ § 9 2023 |
|--------------|
| 63.604.468   |

**Revision FAG 2023**  
§ 10 Besondere Ergänzungszuweisungen Schülerbeförderung

**Anlage 9**

| kommunaler Finanzbedarf minus NTL auf<br>Preisniveau 2020 | 2018       | 2019       | 2020       | 2018 - 2020 |
|-----------------------------------------------------------|------------|------------|------------|-------------|
| Landkreise                                                | 69.926.032 | 71.808.367 | 70.461.371 | 70.731.924  |

| Fortschreibung<br>2023 |
|------------------------|
| 73.591.830             |

| KFB ohne Umlagen minus NTL<br>PG 241 | 2018       | 2019       | 2020       |
|--------------------------------------|------------|------------|------------|
| Landkreise                           | 68.618.170 | 71.522.278 | 70.461.371 |

| Anteil Land 2023 |
|------------------|
| 29,06            |

| KFB insgesamt<br>(ohne Umlagen und ohne Personal) | 2017          | 2018          | 2019          |
|---------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Landkreise                                        | 1.321.794.168 | 1.343.890.291 | 1.340.282.448 |

| BEZ § 10 2023 |
|---------------|
| 21.385.786    |